

Die wirtschaftliche Lage Rußlands Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle berichten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft zweimal jährlich über die wirtschaftliche Lage Rußlands. Im letzten Bericht vom Herbst 1996 wurden die hohen Realzinsen als Kern kontraproduktiver Anreize in der russischen Wirtschaft identifiziert. Mittlerweile ist es zu einem beträchtlichen, aber immer noch nicht ausreichenden Rückgang der Realzinsen gekommen. Zugleich traten die nach wie vor bestehenden ordnungspolitischen Defizite noch stärker in Erscheinung. Die neue russische Regierung hat die Probleme erkannt und einige Maßnahmen angekündigt. Erfahrungsgemäß liegen die Hindernisse in Rußland aber auf dem Gebiet der Umsetzung von Maßnahmen. Hier stehen die entscheidenden konkreten Entwicklungen noch aus¹.

Produktion, Investitionen und Preise

Die nun schon jahrelang von vielen Beobachtern, auch von den internationalen Finanzorganisationen, vorgetragenen Prognosen, es werde im jeweils nächsten Jahr zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in Rußland kommen, haben sich auch 1996 als verfehlt erwiesen. Die drei Institute hatten immer wieder nachdrücklich auf die beträchtlichen Risiken und auf die Unzulänglichkeiten der Wirtschaftspolitik hingewiesen. Die dabei geäußerte Befürchtung, es könne 1996 zu einem weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kommen, wurde insofern übertroffen, als an die Stelle einer Abschwächung des wirtschaftlichen Niedergangs seine neuerliche Beschleunigung trat (Tabelle 1). Die Situation gewinnt dadurch an Schärfe, daß sich 1996 auch der Zusammenbruch der Inve-

stitionstätigkeit beschleunigt fortsetzte (−18 vH, gegenüber 1995 noch −13 vH). Werden die Umsätze im Einzelhandel als Indikator für die Entwicklung des privaten Konsums genommen, so deutet sich ein vergleichsweise geringer und zudem abgeschwächter Rückgang an (−4 vH, gegenüber −7 vH noch 1995).

Die Entwicklung der Industrieproduktion im Jahr 1996 verlief äußerst enttäuschend (Tabelle 2). Im Jahresverlauf zeichnete sich bald ab, daß von den 1995 zu beobachtenden vermeintlichen Vorboten eines Aufschwungs nichts mehr übrigbleiben würde. Die Grundstoffindustrie (Eisen und Stahl, Nichteisen-Metallurgie, chemische und petro-

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 296/1997, IWH Forschungsreihe 4/97.

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode bzw. Anteile in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-6
Industrieproduktion ¹⁾	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-5
Agrarproduktion ¹⁾	-4	-5	-9	-4	-12	-8	-7
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	0	-15	-40	-12	-24	-13	-18
Gütertransportvolumen ²⁾	.	-7	-24	5	-24	-10	-18
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	12	-3	-3	2	0	-7	-4
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher ¹⁾	10	-17	-18	-30	-38	-18	-7
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18	120	750	1030	360	158	46
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte ³⁾	.	8	-51	11	13	-13	0
Nominallöhne und -gehälter	15	81	994	878	276	114	55
Reallöhne	.	-3	-33	0	-8	-28	5
Verbraucherpreise ⁴⁾	6	160	2510	840	215	131	21,8
Verkaufspreise der Industrie ⁴⁾	4	240	3280	895	233	175	25,6
Arbeitslosenquote ⁵⁾	.	.	4,7	5,5	7,4	8,8	9,3

1) Real. — 2) Auf Tonnen-Basis. — 3) 1990 bis 1993: Dezember zum Dezember des Vorjahres; 1994 bis 1996: Jahresdurchschnitt. — 4) 1990: Jahresdurchschnitt, 1991 bis 1996: Dezember zum Dezember des Vorjahres. — 5) Am Periodenende; ILO-Methodik.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f. Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 12, 54, 80, 243 und 396; O položeniei rossijskoj ekonomiki v 1993 godu i perspektivach razvitiia na 1994 god, Moskau 1994, S. 162; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 254; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 7, 8, 56, 179 und 182.

chemische Industrie) wies, wie alle übrigen Industriezweige auch, einen neuerlichen Rückgang der Produktion auf. Geradezu dramatisch beschleunigte sich der Rückgang in der Baustoffindustrie (-22 vH, nach -7 vH noch 1995) und in der Leichtindustrie (-25 vH, nach -8 vH noch 1995).

Die Existenz einer umfangreichen Schattenwirtschaft wird vielfach zum Anlaß genommen, das Ausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs Rußlands herunterzuspielen oder gar bereits einen wirtschaftlichen Aufschwung zu diagnostizieren². Aus der Sicht der Institute ist eine solche Einschätzung nicht stichhaltig. Die russische Statistik versucht mittlerweile, die Aktivitäten der Schattenwirtschaft in den veröffentlichten BIP-Daten zu berücksichtigen. Aber selbst wenn unterstellt wird, daß noch immer wesentliche Teile der Schattenwirtschaft nicht erfaßt werden, so müßten deren Wachstumsraten außerordentlich hoch sein, um das Gesamtbild einer schrumpfenden Wirtschaft zu revidieren³.

Bei der Beurteilung der Schattenwirtschaft ist darüber hinaus ein strukturelles Problem zu berücksichtigen: Es ist zu vermuten, daß in der Schattenwirtschaft vorwiegend Konsumgüter und Dienstleistungen produziert werden, die Erstellung von Anlageinvestitionen dagegen eher die Aus-

nahme darstellt. Wenn Steuervermeidung ein Hauptmotiv für schattenwirtschaftliche Aktivitäten ist, so wäre es wegen der dann fehlenden Abschreibungsmöglichkeiten ohnehin widersinnig, Anlageinvestitionen außerhalb der offiziellen Wirtschaft zu tätigen. Nimmt man also an, daß der überwiegende Teil der Schattenwirtschaft gerade nicht in der Tüchtigkeit von Anlageinvestitionen besteht, so bedeutet die Existenz einer Schattenwirtschaft nichts weiter, als daß der durchschnittliche⁴ Lebensstandard der Bevölkerung möglicherweise weniger gesunken ist, als die offiziell-

² Istvan Dobozi and Gerhard Pohl: Real Output Decline in Transition Economies — Forget GDP. Try Power Consumption Data! In: Transition, Vol. 6, No. 1-2 (January-February 1995), S. 17-18; Anders Aslund: Russia's Success Story. In: Foreign Affairs, Vol. 73, No. 5/1994 S. 66.

³ Ein Zahlenbeispiel mag dies verdeutlichen: Nimmt man einmal an, daß die verbleibende Schattenwirtschaft 30 vH der Gesamtwirtschaft (also unter Einbeziehung der Schattenwirtschaft) umfaßt, so bedürfte es, um den Rückgang von 6 vH des Jahres 1996 in ein positives Wachstum von 2 vH zu verkehren, einer Wachstumsrate des BIP in der Schattenwirtschaft von 21 vH. Bemißt man den anfänglichen Umfang der verbleibenden Schattenwirtschaft weniger großzügig als die genannten 30 vH, so müßte ihre Wachstumsrate noch wesentlich höher sein.

⁴ Vom Problem der Einkommensverteilung sei hier abgesehen.

Tabelle 2

Industrieproduktion nach Zweigen
Reale Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Industrie insgesamt ¹⁾	-0	-8	-18	-14	-21	-3	-5
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-1	-3
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	10	-4
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	3	-5
Chemische und petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	8	-11
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-9	-11
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-7	-22
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25
Leichtindustrie	-0	-9	-30	-23	-47	-30	-28
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-8	-9

¹⁾ 1990 bis 1993: nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994 bis 1996: einschließlich Kleinbetriebe und Joint-ventures. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfaßt.

Quellen: Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 492; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 16 ff.

len Daten dies suggerieren, daß aber der in den offiziellen Zahlen reflektierte dramatische Rückgang der Investitionsaktivitäten weitestgehend die reale Entwicklung widerspiegelt. Entsprechend ausgeprägter stellt sich der Rückgang der Investitionstätigkeit relativ zum Rückgang des Konsumniveaus dar.

Die Verbraucherpreise stiegen im gesamten Jahr 1996 um 21,8 vH (Dezember zu Dezember) und damit für eine Volkswirtschaft mit weiterhin erheblichen Transformationsdefiziten nur noch mäßig (Tabellen 1 und 3). Die Inflationsrate hat ein Niveau erreicht, von dem keine entscheidende Gefährdung eines wirtschaftlichen Aufschwungs mehr befürchtet werden muß. Der denkbare Verweis auf die in Rußland allgegenwärtigen Zahlungsrückstände, d.h. die Vermutung, daß die wahre Inflationsrate höher liegt, kann nicht überzeugen, denn für die Transaktionen im Einzelhandel mit Konsumgütern und Dienstleistungen muß angenommen werden, daß sie ausnahmslos gegen Bezahlung stattfinden. Dies gilt nur mit Einschränkungen für den Bereich der industriellen Erzeugerpreise, deren Anstieg nur geringfügig über dem der Verbraucherpreise lag. Strukturell ist zu bemerken, daß die überproportionalen Preissteigerungen bei Dienstleistungen und Brennstoffen im wesentlichen den Erwartungen bzw. den Erfordernissen (Anpassung an Weltmarktpreise) entsprechen (Tabelle 4)⁵.

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten ist 1996 gegenüber 1995 um 0,5 vH zurückgegangen und betrug am Jahresende 65,9 Mill. Etwa 6,8 Mill. Personen waren zur Jahreswende

1996 / 97 arbeitslos. Dies bedeutet eine Quote von 9,3 vH⁶. Damit hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit weiter fortgesetzt (Tabelle 5).

Trotz der Bemühungen der staatlichen bzw. in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetriebe, mit Hilfe von Kurzarbeit Entlassungen zu vermeiden, wird die Wirtschaftskrise nunmehr auch am Arbeitsmarkt immer deutlicher sichtbar. Die verdeckte Arbeitslosigkeit aufgrund von Kurzarbeit oder Zwangsurlaub umfaßte am Jahresende 1996 etwa 3 Mill. Menschen⁷. Unter Einbeziehung dieser Gruppe erhöht sich die Zahl der Arbeitssuchenden auf etwa 10 Mill. (15 vH). Da die Unternehmen bislang, anstatt Beschäftigte zu entlassen, die Bezahlung aussetzten oder bis unter das Existenzminimum absenkten, ist bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum 1997 mit einer deutlichen Zunahme der offenen Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Einkommen der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen der privaten Haushalte blieben 1996 gegenüber 1995 unverändert, nachdem sie 1995 um 13 vH gesunken waren. Die Reallöhne stiegen um 5 vH

⁵ Der besonders starke Preisanstieg bei alkoholischen Getränken ist auf die Anhebung der Steuern und Abgaben auf Importe zurückzuführen.

⁶ Dabei wird die Berechnungsmethode der ILO zugrunde gelegt. Sie beruht auf einem Vergleich der tatsächlichen Beschäftigung mit dem Arbeitskräftepotential. Die Differenz wird als „arbeitslos“ definiert. Die bei den Arbeitsämtern gemeldete Zahl von Arbeitslosen liegt wesentlich niedriger (2,5 Mill. bzw. 3,4 vH).

⁷ Ekonomika i žizn', Nr. 50/1996.

Tabelle 3

Monatliche Preisentwicklung
Veränderungen gegenüber Vormonat in vH

	Verbraucherpreise				Industrielle Erzeugerpreise			
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	19,0	21,5	3,2	1,3
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	15,1	16,9	2,7	1,6
März	7,4	8,9	2,8	1,4	10,2	10,8	2,6	
April	8,5	8,5	2,2		10,6	14,8	2,4	
Mai	7,0	7,9	1,6		6,6	8,9	1,1	
Juni	6,0	6,7	1,1		8,4	6,1	1,6	
Juli	5,3	5,4	0,8		7,8	6,7	1,2	
August	4,7	4,6	-0,3		5,8	6,7	2,1	
September	7,9	4,4	0,3		7,3	5,7	1,7	
Oktober	15,0	4,7	1,2		11,0	4,6	2,8	
November	14,6	4,5	1,9		12,6	2,9	0,9	
Dezember	16,5	3,2	1,4		12,9	1,9	0,8	

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 153; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S 110; Russian Economic Trends, Monthly Update, März 1997.

(1995: -28 vH), die realen Durchschnittsrenten um 9 vH (1995: -19 vH). Die Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit sind gegenüber dem Vorjahr real um etwa 6 vH gesunken. Durch die dynamische Entwicklung der Löhne hat sich deren Anteil an den Geldeinkommen der privaten Haushalte auf 43,4 vH (1995: 40,7 vH) erhöht. Der Anteil der Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit übersteigt mit insgesamt 43,8 vH noch geringfügig den der Lohneinkommen (1995: 46,9 vH).

Die höchsten Löhne wurden auch 1996 in der Elektroenergieerzeugung, in der Brennstoffindustrie, in der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bank-, Bau- und Transportgewerbe gezahlt. In der Land- und Forstwirtschaft, in der Leichtindustrie, im Maschinenbau und im Sozialbereich blieb das Lohnniveau relativ niedrig. Wie bisher zahlten die Unternehmen neben den Löhnen Zuschläge zum Ausgleich von Preiserhöhungen, jedoch ist die Relation dieser Zuschläge zum Lohn auf durchschnittlich 4 vH (1995: 11 vH) gesunken. Diese Relation schwankt von 2,3 vH in der Landwirtschaft sowie im Sozialbereich bis 10 vH im Bankgewerbe.

Die statistisch ausgewiesenen Einkommensdisparitäten haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Differenzierung der Geldeinkommen, gemessen an der Relation des höchsten zum niedrigsten Einkommensdezil blieb mit dem 13fachen (1995: 13,5fach) nahezu konstant. Der Anteil der Bevölkerung mit Geldeinkommen unter dem Existenzminimum ist auf 22 vH zurückgegangen (1995: 25 vH)⁸. Nach der russischen Statistik zählen nicht ausge-

zahlte Löhne als Einkommensbestandteil. Die Anzahl der Unternehmen und Organisationen mit Lohnrückständen hat sich 1996 um die Hälfte erhöht, und die Summe der nicht ausgezahlten Löhne hat sich gegenüber dem Jahresanfang nominal mehr als verdoppelt. Die Lohnrückstände erreichten zum Jahresende 1996 über 47 Billionen Rubel und entsprachen damit ungefähr einer monatlichen Lohnsumme. Etwa ein Fünftel der Lohnrückstände entfiel auf staatliche Haushalte, der Rest auf Unternehmen. Hinzu kamen nicht ausgezahlte Renten und rückständiger Sold an die Armee.

Die Anteile der Konsumausgaben (70,2 vH) und der Ersparnisbildung (23,7 vH) an den Geldeinkommen der privaten Haushalte haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert⁹. Der Anteil der Ersparnisbildung in Devisen ist 1996 auf etwa drei Viertel gestiegen, während er 1995 noch rund 60 vH betrug. Die seit Jahren hohe ausgewiesene Sparquote erklärt sich vor allem dadurch, daß die Statistik sämtliche Devisenkäufe als Sparen definiert. Es kann aber unterstellt werden, daß lediglich die Hälfte der Devisen-

⁸ Das Existenzminimum ist definiert als der physiologische Mindestverbrauch sowie die Mindestausgaben für andere Verbrauchsgüter, Dienstleistungen und Pflichtbeiträge. Es wird als Durchschnittsgröße für einzelne soziale Gruppen (Erwachsene im arbeitsfähigen Alter, Kinder, Rentner) bestimmt.

⁹ Nach Angaben von Goskomstat werden die Ersparnisse der privaten Haushalte definiert als die Summe aus der Veränderung der Bankeinlagen und der Devisenkäufe.

Tabelle 4

Preisentwicklung 1991 bis 1996
Veränderungen gegenüber Vorperiode in vH¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<i>Verbraucherpreise</i>	160	2 510	840	215	131	22
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48
<i>Industrielle Erzeugerpreise</i>	240	3 280	895	233	175	26
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	35
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	58
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	18
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24
Maschinenbau und Metallverarbeitung	210	2 620	949	230	178	24
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34
Leichtindustrie	370	1 160	681	241	163	20
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22

¹⁾ Dezember zu Dezember des Vorjahres.

Quellen: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; Berechnungen der Institute.

käufe gespart und der Rest für Direktimporte verwendet wurde. Zudem wurden möglicherweise die nicht ausbezahlten Löhne den Einkommen und dem Sparen zugerechnet, stellen tatsächlich aber Zwangssparen dar. Die Quote freiwilliger Ersparnis dürfte bei geschätzten 12 vH liegen.

Öffentliche Haushalte

Die russische Finanzpolitik war 1996 vor allem durch Bemühungen um die Erfüllung der IWF-Kriterien zur Zuteilung der zugesagten Kreditlinien geprägt. Dazu gehörten die Verringerung von Subventionszahlungen und die Begrenzung der Defizithöhe. Tatsächlich sind die haushaltsfinanzierten Subventionszahlungen weiter zurückgegangen. Das auf der Grundlage der Daten des Finanzministeriums berechnete Defizit des konsolidierten Haushalts lag 1996 bei etwa 4 vH des BIP (Tabelle 6). Auf den Föderationshaushalt fielen nach Angaben des Finanzministeriums 3,3 vH des BIP, auf die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften 0,8 vH. Das Primärdefizit lag bei 1,5 vH des BIP. Damit blieb das vom Finanzministerium ausgewiesene Defizit des Föderationshaushalts sogar

unterhalb der im Haushaltsgesetz 1996 angestrebten Grenze von 3,85 vH. Unter Einbeziehung der Zinszahlungen und bei Ausgrenzung der Privatisierungseinnahmen dürfte das Defizit weit höher gelegen haben¹⁰, wahrscheinlich bei einer Größenordnung von mindestens 6 vH des BIP¹¹.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts haben im Ergebnis mit knapp 23 vH des BIP¹² einen historischen Tiefstand erreicht. Wesentliche Ursachen dafür liegen in dem weiteren Schrumpfen der Steuerbasis und in den erheblichen Zahlungsrückständen der Unternehmen gegenüber den öffentlichen Haushalten. Wichtigste Einnahmequelle des konsolidierten Haushalts war das Mehrwertsteuereinkommen (5,7 vH des BIP; 25,1 vH der Gesamteinnahmen). Während der Anteil der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer im Vergleich zum Vorjahr konstant

¹⁰ Vgl. Institute of Economic Analysis: Main Economic Indicators, Nr. 1/1997, S. 2. Die sinkenden GKO-Zinsen haben dazu geführt, daß das geschätzte Gesamtdefizit im Jahresverlauf abgenommen hat.

¹¹ Dies entspricht im wesentlichen der Methodologie des IWF.

¹² Stand November 1996.

Tabelle 5

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose ¹⁾			Arbeitslosenquote nach ILO	Offene Stellen
	Berechnungs- methode der ILO	Bei den Arbeits- ämtern gemeldet	Anerkannt ²⁾		
	in Tausend			in vH	in Tausend
1992	3 594	982	578	4,7	307
1993	4 160	1 085	836	5,5	352
1994	5 478	1 878	1 637	7,4	326
1995					
Januar	5 500	1 963	1 710	7,6	311
Februar	5 700	2 096	1 839	7,8	316
März	5 600	2 166	1 921	7,7	330
April	5 800	2 220	1 986	7,9	368
Mai	5 800	2 226	1 993	8,0	405
Juni	5 900	2 242	2 004	8,1	445
Juli	6 000	2 282	2 048	8,3	454
August	6 200	2 434	2 098	8,5	460
September	6 300	2 434	2 104	8,5	446
Oktober	6 400	2 397	2 142	8,7	404
November	6 400	2 491	2 228	8,7	352
Dezember	6 431	2 549	2 327	8,8	309
1996					
Januar	6 450	2 702	2 418	8,8	294
Februar	6 500	2 873	2 568	9,0	287
März	6 500	2 974	2 676	9,0	287
April	6 500	3 064	2 771	9,0	309
Mai	6 600	2 970	2 694	9,1	327
Juni	6 700	2 867	2 605	9,2	346
Juli	6 700	2 817	2 558	9,2	350
August	6 700	2 778	2 525	9,2	343
September	6 700	2 725	2 470	9,2	333
Oktober	6 700	2 724	2 451	9,2	341
November	6 800	2 742	2 460	9,4	274
Dezember	6 800	2 751	2 506	9,3	260

1) Periodenendwerte. — 2) Mindestens 3 Monate ohne Beschäftigung.

Quellen: Rossiskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 54; Russian Economic Trends, Monthly Update, Januar 1997; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 179.

blieb, hat sich das Gewinnsteueraufkommen fast halbiert (1996: 4 vH; 1995: 7 vH des BIP). Unverändert niedrig war das Einkommensteueraufkommen (2,4 vH des BIP). Von den Gesamteinnahmen standen der föderalen Ebene weniger als die Hälfte zur Verfügung. Bei Einnahmen in der

Größenordnung von 11 vH des BIP ist der finanzpolitische Handlungsspielraum der Zentralregierung ausgesprochen gering¹³.

¹³ Das Haushaltsgesetz 1996 sah Einnahmen in der Größenordnung von 15,1 vH des BIP vor.

Tabelle 6

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
	in vH der Gesamteinnahmen/-ausgaben					in vH des B I P				
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	28,0	29,0	29,0	26,2	22,8
Gewinnsteuer	29,4	33,8	27,5	26,9	17,7	8,2	9,8	8,0	7,0	4,0
Einkommensteuer	8,1	8,8	9,9	8,4	10,6	2,3	2,6	2,9	2,2	2,4
Akzisen	4,0	3,6	4,2	5,6	8,9	1,1	1,0	1,2	1,5	2,0
Mehrwertsteuer	37,7	22,5	21,0	21,9	25,1	10,5	6,5	6,1	5,7	5,7
Zölle etc.	8,8	4,7	10,8	5,6	3,5	2,5	1,4	3,1	1,5	0,7
Sonstige Einnahmen	12,0	26,6	26,6	31,7	34,2	3,4	7,7	7,7	8,3	8,0
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	31,4	33,6	39,3	29,4	26,9
Volkswirtschaft	34,5	28,1	26,4	14,3		10,8	9,4	10,4	4,2	
Industrie, Energie, Bauwirtschaft				7,4	5,5				2,2	1,4
Landwirtschaft, Fischerei				4,2	3,8				1,2	1,1
Transport, Kommunikation				2,7					0,8	
Sozial-kulturelle Maßnahmen	23,2	24,8	23,0	24,1	31,1	7,3	8,4	9,1	7,0	8,0
Bildung				11,6					3,4	
Gesundheit				8,3					2,4	
Soziale Sicherung				4,2					1,2	
Verteidigung	14,3	12,5	11,7	9,8	9,8	4,5	4,2	4,6	2,9	2,6
Verwaltung und Rechtsorgane	6,7	7,3	7,7	7,7	8,4	2,1	2,4	3,0	2,3	3,5
Außenwirtschaft	6,7	4,8	2,1	4,4	2,5	2,1	1,6	0,8	1,3	0,9
Schuldendienst				5,1					1,5	1,9 ²⁾
Sonstige Ausgaben	14,6	22,5	29,1	34,6	38,9	4,6	7,6	11,4	10,2	9,4
<i>Saldo Einnahmen-Ausgaben</i>						-3,4	-4,6	-10,3	-3,2	-4,1

1) Januar bis November. — 2) Nur föderaler Haushalt.

Quellen: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995; Arbeitsunterlagen des Finanzministeriums; Berechnungen der Institute.

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts¹⁴ wurden 1996 weiter zurückgeschraubt und beliefen sich auf knapp 27 vH des BIP. Die Kürzungen betrafen insbesondere die Zuweisungen von Finanzmitteln an die einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren. Allerdings wurden die Subventionskürzungen durch die nur zögerliche Durchsetzung des Steuerrechts und die einzelnen Unternehmen eingeräumten Steuervergünstigungen weit überkompensiert. Zum 1. Dezember 1996 beliefen sich die Zahlungsrückstände der Unternehmen gegenüber den öffentlichen Haushalten auf 5,8 vH des BIP. Damit sind sie seit September 1996 (9 vH des BIP) zwar deutlich gesunken, im Vergleich zum Vorjahr aber stark gestiegen (Ende 1995: 3,3 vH des BIP). Zu diesen Steuerschulden sind die Steuerstundungen hinzuzurechnen (1,3 vH des BIP). Darüber hinaus bestanden erhebliche Zahlungsrückstände gegenüber den außerbudgetären Fonds (Anfang Dezember 1996: 4,5 vH des BIP). So betragen die Schulden des Unternehmenssektors gegenüber dem öffentlichen Sektor zum 1. Dezember 1996 mindestens 10 vH des BIP. Die Verbindlichkeiten des Staates gegenüber dem Unternehmenssektor beliefen sich Ende November 1996 auf 0,6 vH des BIP.

Für die hohen Steuerrückstände der Unternehmen sind zwei Faktoren verantwortlich: Wichtige Steuerschuldner sind zum einen die Energieunternehmen. Diese Steuerschulden sind nicht zuletzt Ergebnis einer politisch gewollten indirekten Subventionierung bestimmter Energieabnehmer. Indirekt werden durch diese Praxis Subventionen, die eigentlich aus dem Staatshaushalt gezahlt werden müßten, durch die Energieunternehmen gezahlt. Im Gegenzug halten diese ihre Steuerzahlungen zurück. Die Zahlungskrise im Unternehmenssektor konzentriert sich stark auf den Energiebereich¹⁵, und ihre Lösung ist damit so lange nicht zu erwarten, wie die beschriebene Subventionierungspraxis nicht beendet wird.

¹⁴ Ohne den Großteil der Zinszahlungen. Die im föderalen Haushalt ausgewiesene Höhe des inländischen Schuldendienstes von 1,9 vH des BIP ist offensichtlich zu niedrig. Angesichts der hohen Realzinsen für GKO und eines Schuldenbestandes (Binnenverschuldung) von etwa 16 vH des BIP zum Jahresende 1996 müßte dieser Posten deutlich höher liegen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in diesem Posten die tatsächlich erfolgten Zinszahlungen nur etwa zur Hälfte erfaßt wurden.

¹⁵ Der Anteil überfälliger Zahlungen für Energie und Treibstoffe lag bei 50 vH der gesamten zwischenbetrieblichen Verschuldung.

Zum anderen ist es in einer Situation, die vor allem durch hohe Zinsen auf dem inländischen Kapitalmarkt, einen nur begrenzten Zugang zum Weltkapitalmarkt und die Zahlungsrückstände der öffentlichen Haushalte gegenüber einzelnen Unternehmen geprägt ist, für alle Unternehmen rational, sich auf diese Art Finanzspielräume zu erschließen. Um so unverständlicher ist die zurückhaltende Steuereintreibung des Staates, die erhebliche Kreditkosten verursacht.

Die Finanzierung des föderalen Defizits erfolgte vorrangig (zu 56 vH) durch die Ausgabe von Staatsanleihen. Eine weitere wichtige Finanzierungsquelle waren die Kredite des IWF. Zudem wurden Eurobonds emittiert. Im Jahresverlauf hat der IWF die Auszahlungen von Kredittranchen mehrfach ausgesetzt, insbesondere weil die Steuererhebung deutlich hinter den veranschlagten Werten zurückblieb. Zum Jahresende drohte die Regierung einigen Steuerschuldnern mit der Einleitung von Konkursverfahren. Allerdings ist zu befürchten, daß ein großer Teil der staatlichen Forderungen als uneinbringlich gelten muß.

Die Einnahmen des bereits verabschiedeten Föderationshaushalts 1997 sollen um mehr als vier Prozentpunkte auf 15,4 vH des BIP steigen. Das Defizit soll mit 3,5 vH (nach Definition des Finanzministeriums) etwa konstant gehalten werden. Zusätzliche Einnahmen werden von der Ende Dezember 1996 eingeführten Lizenzierung der Alkoholproduktion bzw. des Alkoholimports erwartet. Im Januar 1997 traten weitere partielle Veränderungen des Steuerrechts in Kraft, die vor allem auf eine Veranlagung der Kapitaleinkünfte zielen¹⁶. Eine umfassende Steuerreform, die bei einer Entlastung der Unternehmen und der Vereinfachung des Steuerrechts ansetzt, steht nach wie vor aus;

geplant ist ihr Inkrafttreten zum Jahresbeginn 1998. Die jetzt eingeleiteten Partialreformen belasten die ohnehin überforderte Finanzverwaltung weiter. Auch für das Haushaltsjahr 1996 waren Eckdaten bezüglich der Einnahmen, Ausgaben und des Defizits vorgesehen, die dem diesjährigen Haushaltsplan stark ähneln; der Verfall der Steuereinnahmen konnte aber nicht aufgehalten werden. Auch für 1997 ist hier keine Trendwende zu erwarten¹⁷. Zur Verbesserung der Steuermoral soll mit Unternehmen, die ihren gegenwärtigen Steuerzahlungen nachkommen, aber in der Vergangenheit Steuerschulden haben auflaufen lassen, eine Umschuldungsvereinbarung getroffen werden. Eine derartige Regelung dürfte die bestehenden „moral-hazard“-Probleme weiter verschärfen.

Geld- und Kreditpolitik

Die seit 1995 verfolgte stabilitätsorientierte Geldpolitik wurde 1996 im wesentlichen fortgesetzt. Sowohl die Geldbasis als auch die erweiterte Geldmenge M2 nahmen 1996 deutlich langsamer zu als im Vorjahr (Tabelle 7). Aufgrund

¹⁶ Zinseinkommen, die auf Depositen mit einer Verzinsung über dem Refinanzierungssatz gezahlt werden, fallen unter eine 15prozentige Besteuerung. Vgl. OMRI Daily Digest vom 22. Januar 1997.

¹⁷ Nach Verabschiedung dieses Berichts haben Präsident Jelzin und die russische Regierung die Schärfe der Situation öffentlich eingestanden. Ein neuer Haushaltsplan für 1997 wurde von der Regierung bereits verabschiedet, jedoch bis Redaktionsschluß noch nicht in die Duma eingebracht.

Tabelle 7

Wachstum von Geldmengen- und Kreditaggregaten 1992 bis 1996
Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH

	1992	1993	1994	1995	1996			
	I-IV	I-IV	I-IV	I-IV	I	II	III	IV
Bargeld	82	68	29	25	8	20	-7	.
Geldbasis	.	66	31	22	10	13	-2	4
M2 (Rubel)	63	51	32	22	10	10	7	6
M2 ¹⁾	.	.	33	21	11	10	3	.
Bankkredite ²⁾	.	.	36	13	9	5	4	.
<i>Memorandum:</i>								
Erzeugerpreise	221	79	36	30	9	5	5	4
Verbraucherpreise	177	76	33	24	10	5	1	4

Aufgrund von Revisionen der Daten sind Abweichungen zu früheren Veröffentlichungen möglich. 1992-1995: durchschnittliche Quartalswerte. — ¹⁾ Rubelgeldmenge plus Geldbestände in ausländischer Währung. — ²⁾ Kredite des Bankensystems an Unternehmen und private Haushalte.

Quellen: International Monetary Fund (IMF), International Financial Statistics on CD-ROM, Washington D.C., Februar 1997; Russian Economic Trends, Vol. 5, Nr. 3, 1996, Moskau; Russian Economic Trends, Monthly Update, Januar 1997, Moskau; Berechnungen der Institute.

Tabelle 8

Zusammensetzung der Geldbasis von der Entstehungsseite, 1994 bis 1996
Anteile in vH

	1994	1995	1996	
			Juni	November
Ausländische Aktiva	39,2	41,7	29,7	22,9
Inländische Aktiva	60,8	58,3	70,3	77,1
darunter:				
Forderungen an die Regierung	107,6	87,6	94,8	104,8
Forderung an die Geschäftsbanken	25,8	14,1	12,4	9,2
Geldbasis insgesamt = 100 vH, Periodenwerte.				
<i>Quellen:</i> International Monetary Fund: International Financial Statistics on CD-ROM, Januar 1997, Washington D.C.; OMRI Daily Digest, verschiedene Ausgaben, Prag; Berechnungen der Institute.				

einer Zunahme der Geldnachfrage stiegen die Preise in geringerem Maße als die Geldmenge; im Dezember 1996 lag der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat nur noch bei 22 vH. Damit nahmen die Geldmengenaggregate auch real gerechnet zu.

Insgesamt war 1996 die Ausweitung der Geldbasis von einem Anstieg der Forderungen der Zentralbank an die Regierung dominiert (Tabelle 8). Hinter diesem Anstieg stehen einerseits Offenmarktgeschäfte der Zentralbank in staatlichen Wertpapieren. Andererseits stiegen aber auch die Forderungen der Zentralbank an die Regierung in dem Ausmaß, wie die Zentralregierung im Ausland aufgenommene Kredite in Rubel umgetauscht hat. Zugleich entzog die Zentralbank den Geschäftsbanken im zweiten Quartal über Lombardgeschäfte netto Liquidität¹⁸. Die Nettowährungsreserven gingen absolut zurück¹⁹. Dafür sind zwei Gründe auszumachen. Erstens verkaufte die Zentralbank zur Stützung des Rubelkurses Devisen. Zweitens baute sie im Rahmen der vermehrten GKO-Käufe durch Ausländer Devisenterminverbindlichkeiten auf, die die Nettoreserven reduzieren²⁰. Der Rückgang der Währungsreserven, vor allem im zweiten Halbjahr 1996, setzt ein Fragezeichen hinter die bisherigen Stabilisierungserfolge.

Der Finanzierungsbedarf des Staates und die unsichere politische Situation vor den Wahlen führten im zweiten Quartal 1996 zu einem deutlichen Anstieg der GKO-Zinsen²¹. Zugleich wurde der private Sektor durch die staatliche Kreditnachfrage verdrängt (Tabelle 9). Kredite an den privaten Sektor gingen sowohl relativ als auch absolut zurück. Die GKO-Zinsen sanken im weiteren Jahresverlauf im Zuge eines verstärkten Engagements ausländischer Anleger (Schaubild 1). Die Zentralbank führte, nachdem sie bereits im zweiten Quartal den Lombardzins erheblich gesenkt hatte, im dritten Quartal den Banken über die Lombardauktionen netto Liquidität zu. Der Rückgang der Kreditvergabe an den privaten Sektor konnte jedoch zumindest bis Oktober 1996 nicht umgekehrt werden.

Die Zentralbank hat die günstige Inflationsentwicklung und die Entspannung am GKO-Markt zu weiteren Senkungen beim Refinanzierungs- und Lombardsatz genutzt. Im Februar 1997 wurde der offizielle Refinanzierungszins von 48 auf 42 vH gesenkt²². Insgesamt ist das reale Niveau der Lombardzinsen seit Mitte 1996 deutlich von teilweise über 80 vH auf rund 10 vH pro Jahr zurückgegangen. Im Interesse der Ankurbelung unternehmerischer Investitionen in das Anlage- und Umlaufvermögen wäre ein weiterer Rückgang der Realzinsen zwar im Prinzip wünschenswert. Damit niedrigere Refinanzierungszinsen von den Geschäftsbanken an die Unternehmen weitergegeben

¹⁸ Die Zentralbank vergab je Monat nur zwei Kredite mit Laufzeiten von sieben bzw. vierzehn Tagen, so daß die gesamte Kreditsumme plus Zinsen innerhalb des Ausgabemonats jeweils wieder zurückgezahlt werden mußte. Gleichzeitig hat die Zentralbank aber auch einzelne notleidende Banken gezielt mit Liquidität unterstützt, was einer marktgerechten Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld zuwiderläuft. Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 5/1996, S. 33.

¹⁹ Die Nettoreserven der Zentralbank und des Finanzministeriums sanken von Dezember 1995 bis November 1996 von 7,7 auf 2,9 Mrd. US-Dollar. Die Bruttioreserven sanken von 17,2 auf 15,9 Mrd. US-Dollar. Vgl. Russian Economic Trends, Monthly Update, Januar 1997.

²⁰ Ausländer, die Gewinne aus GKO-Geschäften repatriieren wollen, müssen drei Monate im voraus von der Zentralbank einen Devisenterminvertrag erwerben, der den Kurs bestimmt, zu dem sie ihre Rubel in Devisen zurücktauschen können. Die Zentralbank geht damit in Höhe des Devisenwertes der Zinszahlungen eine Nettoverbindlichkeit ein. Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 5/1996, S. 39.

²¹ Vorübergehend entstand sogar eine positive Differenz zwischen dem GKO-Zinssatz und dem für die Refinanzierung der Banken maßgeblichen Lombardsatz. Anlagen in GKO wurden dadurch für die Geschäftsbanken, soweit sie Zugang zu Lombardkrediten erhielten, zusätzlich attraktiv.

²² Nach Verabschiedung des Berichts wurde der Refinanzierungssatz (per 28. April 1997) weiter auf 36 vH gesenkt.

Tabelle 9

Struktur der Aktiva der Geschäftsbanken 1995 bis 1996
in vH

	1995	1996			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Okt.
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Reserven	10,7	9,9	9,0	9,2	8,6
Ausländische Aktiva	13,5	13,3	13,6	13,2	13,5
Inländische Forderungen	75,9	76,8	77,5	77,7	77,9
an die Zentralregierung	18,3	20,7	22,6	27,7	28,7
an untergeordnete Gebietskörperschaften	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5
an staatliche Unternehmen außerhalb des Finanzsektors	18,2	17,4	18,2	16,7	16,6
an den privaten Sektor	39,0	38,0	35,9	32,2	31,5
an andere Finanzinstitute	0,2	0,4	0,4	0,6	0,6

Quellen: International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics on CD-ROM, Januar 1997, Washington D.C.; Berechnungen der Institute.

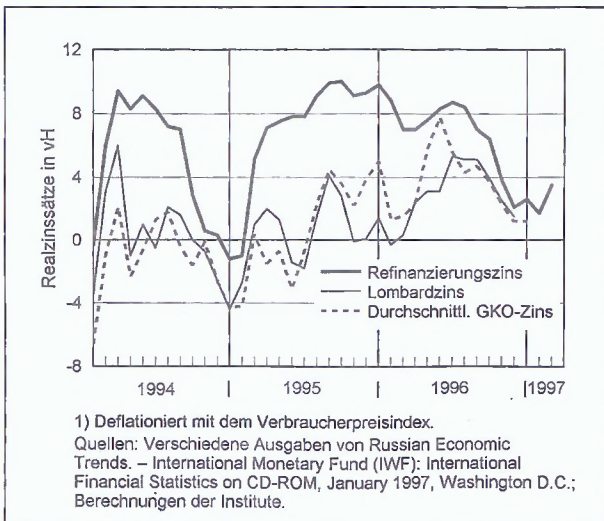
werden und so die Investitionstätigkeit anregen, müssen aber eine Reihe weiterer Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört eine konsequente Konsolidierung des Staatshaushalts. Ansonsten besteht die Gefahr, daß zusätzliche Liquidität, wie im Vorjahr, nur zur Finanzierung des Haushaltsdefizits, nicht aber zur Überwindung der wirtschaftlichen Strukturkrise beiträgt. Eine solche Konsolidierung ist um so dringlicher, als der Monetisierungsgrad der russischen Volkswirtschaft infolge der Inflationserfahrungen früherer Jahre sehr gering ist. Die Finanzierung auch eines vergleichsweise geringen Budgetdefizits über eine Ausweitung der Geldmenge birgt die Gefahr einer

relativ starken inflationären Wirkung, wenn es nicht zugleich zu einer Ausweitung der Produktion kommt.

Hinzu kommt, daß durch institutionelle Reformen im Bankensektor die Voraussetzungen für eine an Effizienzmaßstäben orientierte Kreditvergabe an Unternehmen weiter verbessert werden müssen. Eines der Haupthindernisse für die Kreditvergabe besteht bisher darin, daß es an Sicherheiten mangelt und daß ungesicherte Forderungen nur sehr schwer durchgesetzt werden können. Das weiterhin ungelöste Problem der Zahlungsrückstände ist auch Ausdruck der unzureichenden Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten; es kann daher mit geldpolitischen Maßnahmen allein nicht gelöst werden. Insgesamt stiegen die fälligen Verbindlichkeiten der Unternehmen gegenüber den öffentlichen Haushalten, Banken, Lieferanten und Angestellten in den ersten zehn Monaten 1996 um knapp 60 vH²³. Für das Jahr 1997 strebt die Zentralbank ein Wachstum der Geldmenge M2 von 22 bis 30 vH an und erwartet einen Preisanstieg von 12 vH²⁴. Auch unter der Annahme einer leicht steigenden Produktion können sich diese Erwartungen nur dann bestätigen, wenn sich der 1996 über das Gesamtjahr zu beobachtende Anstieg der Geldnachfrage erheblich verstärkt. Dies wiederum setzt die Glaubwürdigkeit des Stabilisierungskurses voraus. Die Tatsache, daß es bislang noch nicht zu einer spürbaren Verlängerung der Laufzeiten bei Krediten gekommen ist, sowie der anhaltende Abfluß russischen Kapitals in das Ausland lassen jedoch einen Vertrauensgewinn in dem erforderlichen Ausmaß bisher nicht erkennen.

Schaubild 1

Monatliche Realzinssätze¹⁾

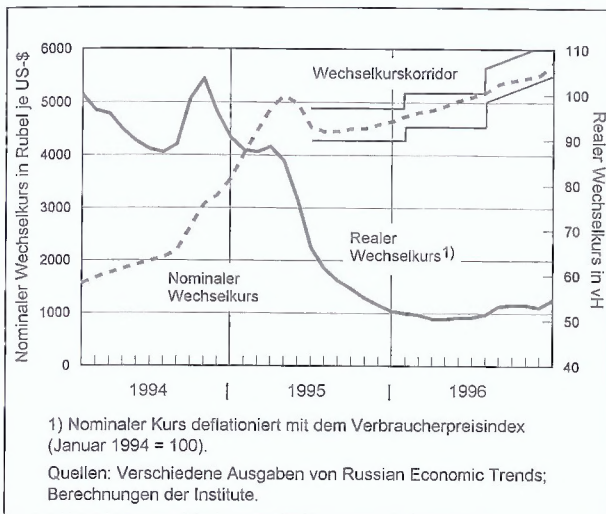


²³ Diese Angaben beruhen auf Arbeitsunterlagen des Russischen Zentrums für Wirtschaftsreformen bei der Regierung.

²⁴ OMRI Daily Digest vom 2. Dezember 1996.

Schaubild 2

Wechselkurs des russischen Rubels zum US-Dollar



Wechselkurspolitik

Der russische Rubel wertete im Jahr 1996 nominal um 23,9 vH (Dezember zu Dezember) ab (Schaubild 2). Die Zentralbank hielt den Wechselkurs im ersten Halbjahr innerhalb der angekündigten Bandbreiten. Die reale Aufwertung des Jahres 1995 setzte sich damit in diesem Zeitraum fort. Die Zentralbank intervenierte mehrmals an den Devisenmärkten, um den Kurs zu verteidigen. Um einen weiteren Rückgang der Währungsreserven zu verhindern, aber auch, um einem weiteren Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure zu begegnen, ging die Zentralbank in der zweiten Jahreshälfte 1996 zu einem System steigender Bandbreiten (*crawling band*) über, das in der zweiten Jahreshälfte eine stärkere nominale Abwertung ermöglichte. Zwar konnten dadurch weitere Reservenverluste nicht verhindert werden, die reale Aufwertung des ersten Halbjahres wurde im Verlauf der zweiten Jahreshälfte jedoch mehr als wettgemacht, so daß der reale Wechselkurs am Jahresende etwa wieder auf dem Niveau vom Oktober 1995 lag.

Im Jahr 1997 soll das System des *crawling band* beibehalten werden. Erstmals wurde bereits im November 1996 ein Wechselkursziel für das gesamte folgende Jahr bekanntgegeben. Der Kurs des Rubels gegenüber dem US-Dollar soll in einem Korridor von 5 500 bis 6 100 zu Jahresbeginn und 5 750 bis 6 350 Rubel am Jahresende liegen. Die Anpassung des Korridors erlaubt somit eine maximale Abwertung um 15 vH. Nur wenn das Inflationsziel von 12 vH für 1997 ungefähr erreicht wird, können eine reale Aufwertung und damit eine weitere Behinderung der Exporte vermieden werden. Zudem bedeutet die Festlegung einer Bandbreite gegenüber dem US-Dollar eine noch größere reale Aufwertung gegenüber denjenigen Währungen, die selbst gegenüber dem Dollar abwerten, vor allem der D-Mark.

Die bisher vorliegenden Zahlungsbilanzdaten bis einschließlich September 1996 deuten darauf hin, daß sich der Kapitalabfluß aus Rußland 1996 verglichen mit dem Vorjahr deutlich verstärkte (Tabelle 10). Zwar kann die Struktur des Kapitalabflusses wegen statistischer Unzulänglichkeiten bei einzelnen Posten der Kapitalverkehrsbilanz nicht genau bestimmt werden; der Netto-Abfluß läßt sich aber als Saldo der übrigen Zahlungsbilanzpositionen relativ zuverlässig ermitteln: Im Jahr 1995 stand dem Leistungsbilanzüberschuß von 11,3 Mrd. US-Dollar eine Zunahme der Währungsreserven um 9,3 Mrd. US-Dollar (unter Berücksichtigung von Bewertungsänderungen) gegenüber. Dementsprechend umfaßten 1995 die Kapitalverkehrsbilanz und die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen, die großenteils Kapitalflüsse widerspiegeln, zusammen genommen noch einen Kapitalabfluß von netto 2,0 Mrd. US-Dollar. Von Januar bis September 1996 hingegen lag der Leistungsbilanzüberschuß bei 10,3 Mrd. US-Dollar, während die Währungsreserven um 1,4 Mrd. US-Dollar abnahmen. Kapitalverkehrsbilanz und statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen zusammen wiesen dementsprechend einen Kapitalabfluß von netto 11,7 Mrd. US-Dollar aus.

Diese Rechnung auf Netto-Basis kann trotz der statistischen Unzulänglichkeiten in der Kapitalverkehrsbilanz als relativ zuverlässig gelten, weil sowohl die Leistungsbilanz als auch die Veränderung der Währungsreserven verhältnismäßig genau gemessen werden können. Zumindest dürfte es in der Erfassung der Zahlungs- und Warenströme zwischen 1995 und 1996 keine substantiellen Unterschiede geben. Deshalb dürfte die errechnete Erhöhung des Netto-Kapitalabflusses 1996 nicht auf statistische Unsicherheiten zurückgehen.

In einzelnen Positionen wies die Kapitalverkehrsbilanz 1996 allerdings konstante oder sogar zunehmende Mittelzuflüsse auf. So betragen die ausländischen Direktinvestitionen nach 2,0 Mrd. US-Dollar im Jahr 1995 von Januar bis September 1996 immerhin noch netto 1,2 Mrd. US-Dollar. Bei den Portfolioinvestitionen verwandelte sich der Netto-Abfluß von 1,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 1995 in einen Netto-Zufluß von 2,3 Mrd. US-Dollar. Dabei handelte es sich vermutlich um eher spekulative Anlagen in russische Staatspapiere, die durch die hohen Realzinsen angezogen wurden. Demgegenüber deuten sowohl der wachsende Kapitalabfluß insgesamt als auch die rückläufigen Direktinvestitionen darauf hin, daß sich die Bedingungen für langfristig orientierte Investitionen offenbar weiter verschlechtert haben.

Das Wachstum der russischen Exporte hat sich fortgesetzt. Sie betragen 1996 88,3 Mrd. US-Dollar (+8,9 vH)²⁵.

²⁵ Russian Economic Trends, Monthly Update, März 1997. Die Angaben schließen Schätzungen des nicht-registrierten Kleinhandels ein.

Tabelle 10

Zahlungsbilanz 1994 bis 1996
in Mrd. US-\$

	1994			1995			1996		
	GUS	Dritt-länder	Ins-gesamt	GUS	Dritt-länder	Ins-gesamt	GUS	Dritt-länder	Ins-gesamt
Saldo der Handelsbilanz	3,2	16,5	19,7	0,4	22,1	22,5	-0,6	18,1	17,5
Exporte	15,7	52,0	67,7	17,0	64,5	81,5	13,5	49,8	63,3
Importe	-12,5	-35,5	-48,0	-16,6	-42,4	-59,0	-14,1	-31,7	-45,8
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-0,3	-6,2	-6,5	-0,9	-7,2	-8,1	-0,4	-3,3	-3,7
Exporte	1,2	7,7	8,9	1,9	10,5	12,4	1,2	6,0	7,2
Importe	-1,5	-13,9	-15,4	-2,8	-17,7	-20,5	-1,6	-9,3	-10,9
Faktoreinkommen	0,2	-2,0	-1,8	0,3	-3,6	-3,3	0,1	-3,5	-3,4
Arbeitseinkommen	0,0	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	-0,3	-0,3	-0,2	-0,5
Kapitalerträge	0,2	-1,9	-1,7	0,5	-3,5	-3,0	0,4	-3,3	-2,9
erhaltene Kapitalerträge	0,2	3,2	3,4	0,5	3,6	4,1	0,4	3,3	3,7
gezahlte Kapitalerträge	0,0	-5,1	-5,1	0,0	-7,1	-7,1	0,0	-6,6	-6,6
Laufende Transfers	0,0	-0,1	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	-0,2	-0,1
Saldo der Leistungsbilanz	3,1	8,2	11,3	-0,1	11,4	11,3	-0,8	11,1	10,3
Kapitaltransfers	0,4	0,4	0,8	-0,3	-0,1	-0,4	-0,3	-0,4	-0,7
Direktinvestitionen	0,0	0,6	0,6	0,1	1,9	2,0	0,0	1,2	1,2
Portfolioinvestitionen	0,0	0,1	0,1	-1,4	0,0	-1,4	0,0	2,3	2,3
Sonstige Kapitalbewegungen	-4,0	-6,9	-10,9	-1,9	9,2	7,3	-0,1	-7,0	-7,1
Forderungen	-3,5	-11,8	-15,3	-2,2	6,4	4,2	-1,2	-18,7	-19,9
davon:									
Veränderung der Bargeldbestände	0,0	-5,7	-5,7	0,0	0,0	0,0	0,0	-7,7	-7,7
lfd. Konten und Depositen	-0,3	3,6	3,3	0,0	5,4	5,4	0,0	0,5	0,5
Handelskredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,4	-7,7	-8,1
gegebene Kredite	0,2	5,7	5,9	-1,8	18,4	16,6	0,8	7,1	7,9
überfällige Zahlungen/Umschuldung	-0,9	-11,9	-12,8	0,2	-10,8	-10,6	-0,7	-7,6	-8,3
nicht eingegangene Exporterlöse	-2,1	-1,8	-3,9	0,2	-4,4	-4,2	-0,7	-1,1	-1,8
nicht getilgte Anzahlung für Importe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-2,3	-2,3
sonstige Forderungen	-0,4	-1,7	-2,1	-0,8	-2,2	-3,0	-0,2	0,1	-0,1
Verbindlichkeiten	-0,5	4,9	4,4	0,3	2,8	3,1	1,1	11,7	12,8
davon:									
Veränderung der Bargeldbestände	-0,9	0,0	-0,9	0,2	0,0	0,2	0,3	0,0	0,3
lfd. Konten und Depositen	0,3	0,4	0,7	0,0	1,4	1,4	0,2	0,7	0,9
erhaltene Kredite	-0,2	1,4	1,2	-0,3	-0,3	-0,6	0,0	8,2	8,2
überfällige Zahlungen/Umschuldung	0,0	3,2	3,2	0,1	1,0	1,1	0,1	1,9	2,0
sonstige Verbindlichkeiten	0,3	-0,1	0,2	0,3	0,7	1,0	0,5	0,9	1,4
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	-3,6	-5,8	-9,4	-3,5	11,0	7,5	-0,4	-3,9	-4,3
Reserveaktiva	0,0	1,9	1,9	0,0	-10,4	-10,4	0,0	2,8	2,8
Bewertungsänderungen von Reserveaktiva	0,0	-1,8	-1,8	0,0	1,1	1,1	0,0	-1,4	-1,4
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	0,4	-2,5	-2,1	3,5	-13,0	-9,5	1,4	-8,6	-7,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Daten.
Quellen: Vestnik Banka Rossii, verschiedene Ausgaben; Berechnungen der Institute.

Die Importe lagen bei 59,8 Mrd. US-Dollar und sanken damit um 1,8 vH. Auch der russische Handel mit Deutschland hat weiter zugenommen. Nach der deutschen Außenhandelsstatistik lagen die russischen Exporte nach Deutschland von Januar bis September 1996 um 8 vH und die Importe aus Deutschland um 10 vH über dem Vorjahresniveau²⁶.

Ordnungspolitik

Mit Inkrafttreten des zweiten Teils des neuen Zivilgesetzbuches im Frühjahr 1996 und des Strafgesetzbuches

Anfang 1997 wurde formal der rechtliche Rahmen für die Wirtschaftstätigkeit in Rußland verbessert. Noch immer sind allerdings die Anwendung der bestehenden Gesetze unzureichend, und das Vertrauen in das Rechtssystem ist gering.

Das Tempo der Privatisierung dürfte sich 1996 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamt haben. In den ersten drei Quartalen konnten nur 3 613 Unternehmen pri-

²⁶ Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, R 1, verschiedene Ausgaben.

vatisiert werden; im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es noch 7 125 Unternehmen gewesen. Vom Beginn der Privatisierung bis Ende September 1996 wurden nur 58,5 vH der insgesamt zu privatisierenden Unternehmen teilweise entstaatlicht²⁷. Der für das vierte Quartal beabsichtigte Verkauf von Anteilen an der Telekommunikationsgesellschaft Svjaz'invest sowie am Erdölkonzern Rosneft wurde verschoben²⁸. Die Veräußerung von Anteilen an Großunternehmen verzögerte sich immer wieder, so daß die Privatisierungseinnahmen in den ersten elf Monaten 1996 mit 2,7 Bill. Rubel weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Von den Einnahmen flossen, nachdem die Aufteilung der Privatisierungserlöse zugunsten der Föderation geändert worden war, etwa 38 vH in den Föderationshaushalt (Tabelle 11)²⁹. Im Rahmen des Programms „Kredit gegen Pfand“ kam es im Herbst 1996 zu einer ersten Versteigerung. Die Bank Menatep bot ihr Aktienpaket von 33,3 vH am Erdölunternehmen Jukos an, das sie gegen einen Kredit von 159 Mill. US-Dollar ein Jahr zuvor als Pfand erhalten hatte³⁰. Auf der unter Ausschluß ausländischer Bieter durchgeführten Auktion wurden nur zwei Gebote abgegeben³¹. Den Zuschlag erhielt für 160,1 Mill. US-Dollar, also nur wenig über dem Eröffnungspreis von 160 Mill. US-Dollar, und Investitionszusagen von weiteren 200 Mill. US-Dollar die Aktiengesellschaft Mont Blanc³². Dem Staat, dem 70 vH des Differenzbetrags zwischen Veräußerungserlös und Kreditsumme zustehen, flossen somit nur geringe Einnahmen zu. Im übrigen ist Menatep an Mont Blanc beteiligt, so daß die Bank ihre Beteiligung an Jukos aufstocken konnte. Diese Auktion ist ein Beispiel dafür, wie Banken, die im Verlauf der von Insidern dominierten Voucherprivatisierung als Käufer eine untergeordnete Rolle spielten, nun versuchen, ihre Position als Eigentümer von Unternehmen auszubauen.

Einige der Banken, die am Programm „Kredit gegen Pfand“ teilnahmen, sind auch Mitglied einer Finanz-Industriellen Gruppe (FIG). Die Zahl der registrierten Gruppen nahm allein im zweiten Halbjahr 1996 um etwa 10 auf 46 zu.

In den in den Gruppen zusammengeschlossenen 700 Unternehmen und mehr als 90 Finanzinstituten sind mittlerweile mehr als 4,5 vH der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt und werden etwa 4 vH des BIP erzeugt³³. Die Bedeutung der registrierten Gruppen ist damit gewachsen, obwohl — abgesehen von einem Fall — von staatlicher Seite bislang nicht die laut Gesetz möglichen Vergünstigungen gewährt wurden³⁴. Vielmehr bestehen die Anreize für Unternehmen, einer FIG beizutreten, anscheinend in verbesserten Bezugs- und Absatzbedingungen. Banken, die Mitglied einer FIG sind und gleichzeitig Unternehmensaktien als Pfand halten, verfolgen entweder, wie Menatep, die Strategie, ihre Kapitalbeteiligung zu konsolidieren und in ihren Unternehmen anschließend eine Umstrukturierung einzuleiten, oder sie planen, wie die Oneksimbank, die Unternehmen zunächst zu sanieren, um bei einem späteren Verkauf an strategische Investoren einen hohen Preis zu erzielen³⁵. Inwieweit über die genannten Einzelfälle hinaus die Bildung von FIG die Restrukturierung beschleunigt, ist noch nicht absehbar. Ende November 1996 waren 42 vH der Unternehmen als Verlustbetriebe eingestuft³⁶. In den ersten drei Quartalen 1996 leitete die Konkursbehörde 876 Insolvenzverfahren ein; bei über einem Fünftel der Unternehmen stimmte sie einer Reorganisation zu³⁷. Im vierten Quartal wurde vor allem großen Unternehmen mit hohen Steuerrückständen öffentlich der Konkurs angedroht. Einige Unternehmen reagierten daraufhin mit einer teilweisen Begleichung ihrer Steuerschuld. Bei weiteren Unternehmen konnten die Forderungen gegenüber ihren Kunden mit den Verbindlichkei-

Tabelle 11
Verteilung der Privatisierungserlöse
in vH

	1994 ¹⁾	1995	1996 ²⁾
Kommunen	40,5	35,7	29,8
Föderationssubjekte	18,3	17,0	13,3
Föderation	11,9	18,4	38,0
Privatisierungsorgane	19,8	14,1	8,2
Sonstige	9,5	14,8	10,7

¹⁾ Ohne Voucherprivatisierung. — ²⁾ Januar bis November
Quellen: Rossija v cifrach, Moskau 1995, S. 129; Social'no-ekonomičeskoe ... 1995 g., S. 128; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996g., S. 148.

²⁷ Vgl. Rossijskie vesti vom 4. Dezember 1996. Angaben zum Gesamtjahr liegen nicht vor.

²⁸ OSTinvest vom 24. Januar 1997, S. 6.

²⁹ Am 1. September 1996 wurde der Verteilungsschlüssel für die Privatisierungseinnahmen zugunsten des Föderationshaushalts geändert; die Föderation erhält nun beim Verkauf föderalen Eigentums 71 vH statt 55 vH. Beim Verkauf von Republikseigentum fließen ihr 24 vH (vorher 10 vH) zu. Demgegenüber ist die zehnpromtente Beteiligung des Staates an kommunalen Privatisierungserlösen entfallen. Außerdem dürfen die Republiken bei föderalem Eigentum, das ihnen übertragen wurde, einen Anteil von 90 vH des Verkaufserlöses einbehalten. Vgl. Rossijskja gazeta vom 25. September 1996, S. 4, sowie Kommersant, Nr. 17/1996, S. 54.

³⁰ Izvestija vom 24. Dezember 1996.

³¹ Russian Economic Trends, Nr. 5/1996, S. 107.

³² OSTinvest vom 29. November 1996.

³³ Ekonomika i žizn', Nr. 1/1997. Finansovye izvestija vom 21. Januar 1997.

³⁴ Ekonomika i žizn', Nr. 1/1997.

³⁵ Russian Economic Trends, Nr. 3/1996, S. 124.

³⁶ Im Vorjahr waren es 30 vH. Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 287, sowie Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 438.

³⁷ Ekonomika i žizn', Nr. 45/1996.

ten, die der Staat bei den jeweiligen Kunden hatte, verrechnet werden³⁸. In den restlichen Fällen ist zwar nicht auszuschließen, daß einige der laufenden Insolvenzverfahren abgebrochen werden. Jedoch hat der Staat durch seine Konkursandrohung erstmalig versucht, gegen Großunternehmen mit Steuerrückständen vorzugehen. Er kam damit der Forderung des IWF nach, Maßnahmen gegen die Einnahmerückgänge zu ergreifen.

Die im Gesetzesprojekt zur Privatisierung vorgesehenen Maßnahmen³⁹ lassen ein langsames Tempo bei der Privatisierung erwarten⁴⁰. An der Entscheidung über die Privatisierung von Unternehmen in den sogenannten strategischen Bereichen (beispielsweise Energiewirtschaft) soll neben der Regierung künftig auch die Duma beteiligt werden⁴¹, die gleichzeitig ausländische Investitionen in wichtigen Wirtschaftszweigen beschränken will⁴². Beim Verkauf von Unternehmen sollen Beschäftigungszusagen eine stärkere Rolle spielen, was zu niedrigeren Verkaufspreisen führen dürfte. Im Bereich der Wettbewerbspolitik hatte der IWF bereits im Jahresverlauf 1996 gefordert, Monopole aufzubrechen. Im Rahmen der Entflechtung von Energieunternehmen ist beabsichtigt, die Produktion von der Distribution, die als natürliches Monopol staatlich reguliert werden soll, zu trennen. Die bisherige Indexierung von gewerblichen Energiepreisen (unter anderem für Strom) an die Preisentwicklung der Industrie wird zunächst fortgesetzt. Beabsichtigt ist, im zweiten Quartal 1997 die Preise für die privaten Haushalte zu erhöhen.

Im Außenhandel waren bereits Mitte 1996 die vom IWF kritisierten Exportzölle für Erdöl und Erdgas abgeschafft und bei Erdöl teilweise durch differenzierte Ausfuhrsteuern ersetzt worden. Die Umstellung auf die im Vergleich zu Zöllen schwieriger einzutreibenden Steuern hat zum Rückgang der öffentlichen Einnahmen beigetragen. Seit Jahresanfang 1997 wird — wie geplant — auch bei Erdgas eine Ausfuhrsteuer erhoben⁴³. Nicht eingeführt wurde hingegen die geplante Importquote für Alkohol, mit der ursprünglich die hohen Einfuhren aus anderen GUS-Staaten zugunsten inländischer Produzenten gedrosselt werden sollten. Stattdessen ist für Alkoholimporte eine Lizenz nötig.

Zusammenfassung und Ausblick

Im vergangenen Jahr kam es zu einem erneuten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (–6 vH), wobei die Investitionen (–18 vH) sogar stärker als im Vorjahr schrumpften. Weder von den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen noch von der Nachfrageseite noch von der Kostenseite wurden ausreichende Anreize für Investitionen in Anlagen geschaffen. Wegen fehlender Strukturformen beispielsweise im fiskalischen Bereich, aber auch wegen der unzulänglichen Durchsetzung von Forderungen, insbesondere im Rahmen des Konkursrechts, waren die Risiken einer langfristigen Kapitalanlage im Vergleich zu den erwarteten Erträgen zu hoch. Auf der Nachfrage-

seite verringerten sich die realen Staatsausgaben; das primäre Defizit des konsolidierten Haushalts stieg nicht weiter an. Die Kaufkraft von Lohn- und Rentenbeziehern stieg angesichts gewachsener Auszahlungsrückstände kaum. Eine reale Abwertung des Rubel und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit russischer Unternehmen fand 1996 nicht statt. Gleichwohl nahm der Handelsbilanzüberschuß beträchtlich zu. Dieser Nachfrageeffekt reichte jedoch nicht aus, um die negative Entwicklung bei den Investitionen zu kompensieren. Die drei Institute haben seit Jahren auf diese Probleme verwiesen und eine Erholung der russischen Wirtschaft als nicht wahrscheinlich erachtet.

Auch für 1997 ist keine Belebung der Investitionen zu erwarten, ebensowenig wie eine weitere Dynamisierung der Exporte. Hohe Zinsen belasten das Staatsbudget und erzwingen weitere Ausgabenkürzungen, die sich erfahrungsgemäß vor allem nachteilig auf staatliche Investitionen auswirken. Deshalb und vor dem Hintergrund ordnungspolitischer Defizite erwarten die drei Institute auch für 1997 noch keine Erholung der Wirtschaft, sondern bestenfalls eine Stagnation.

Die internationalen Finanzorganisationen und die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Beobachter prognostizieren für 1997 ein Wachstum des BIP; im Durchschnitt werden etwa 2 vH erwartet (OECD: sogar 3 vH, IWF: 2,5 vH)⁴⁴. Die Rate entspricht auch den Prognosen der russischen Regierung. Nach Ansicht der Institute sind die Voraussetzungen für ein Wiedereinsetzen des Wachstums in 1997 aber noch nicht gegeben. Die Institute hatten in ihrem letzten Bericht hohe Realzinsen sowohl als Ursache von kontraproduktiven Anreizen in der russischen Wirtschaft als auch als Ergebnis einer äußerst skeptischen Bewertung der Transformationspolitik durch die Marktteilnehmer gesehen. Inzwischen ist es zu einem deutlichen Rückgang der Realzinsen auf rund 10 vH per annum gekommen. Dieses Realzinsniveau belastet jedoch weiterhin die öffentlichen Haushalte und behindert die Belebung der Investitionstätigkeit. Insofern wäre eine weitere Zinssenkung wünschenswert. Angesichts der noch erhebli-

³⁸ Russian Economic Trends, Nr. 5/1996, S. 110.

³⁹ *Ekonomika i žizn'*, Nr. 3/1997, S. 11.

⁴⁰ Ein neuer Haushaltsplan für 1997 könnte höhere Privatisierungsziele mit sich bringen.

⁴¹ Anfang 1997 hatte die russische Regierung damit begonnen, eine Liste der zu privatisierenden Unternehmen zu erstellen (vgl. *vvd-Rußland* vom 31. Januar 1997). Auf der Liste befinden sich auch 70 strategische Unternehmen. Bei der Annahme des neuen Gesetzes müßte die Privatisierung dieser Unternehmen erst noch von der Duma bestätigt werden. Die Duma widersetzt sich bislang heftig der Privatisierung großer Unternehmen.

⁴² Im Rahmen der Öl- und Gasfelderschließung durch product-sharing-Abkommen ist vorgesehen, die Beteiligung von Ausländern auf 20 bis 25 ausgesuchte Lagerstätten zu begrenzen (*vvd-Rußland* vom 14. Februar 1997).

⁴³ *Ekonomika i žizn'*, Nr. 6/1997.

⁴⁴ Vgl. EBRD: Transition Report 1996, London 1996, S. 126.

chen ordnungspolitischen Defizite birgt eine weitere Zinssenkung durch die Zentralbank, die nicht von strukturellen Reformen flankiert wird, aber noch immer die Gefahr, daß Inflations- und Abwertungserwartungen geweckt werden und es nicht zu einem Rückgang der Realzinsen, sondern vielmehr zu einem weiteren Abfluß von Kapital kommt.

Die Institute sehen derzeit den entscheidenden Handlungsbedarf im ordnungspolitischen Bereich. In diesem Sinne sind auch die Einnahmeprobleme der öffentlichen Haushalte zu bewerten. Sie sind in erheblichem Umfang Reflex einer indirekten Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige und Regionen, etwa durch verbilligte Energielieferungen. Die Kosten dieser Subventionierung werden von den Energieunternehmen getragen, die im Gegenzug ihre Steuerzahlungen zurückhalten. Zwar sind durch die Einleitung bzw. Androhung von Konkursverfahren gegen Steuerschuldner erste Schritte in Richtung einer verbesserten Durchsetzung bestehender Forderungen

unternommen worden. Allerdings müssen solche Maßnahmen unvollständig und wenig glaubhaft bleiben, wenn nicht der politische Wille besteht, die beschriebene Subventionierungspraxis transparent zu machen und letztlich zu beenden. Zwar sind für das Jahr 1997 wieder Strukturreformen geplant. Entscheidend ist aber, das Tempo ihrer Durchführung zu beschleunigen. Vorausgesetzt, daß es auch 1997 hier wieder zu erheblichen Verzögerungen kommt, erwarten die drei Institute einen weiteren Rückgang der Investitionen und bestenfalls eine Stagnation des Bruttoinlandsprodukts.

Die russische Zentralbank und die Regierung nennen für das Jahr 1997 ein Inflationsziel von 12 vH. Ein weiteres Absenken der Inflationsraten ist aber nur unter erheblichen geld- und fiskalpolitischen Anstrengungen erreichbar. Die Institute halten es daher für realistisch, daß die Inflation 1997 kaum das Niveau aus dem Jahr 1996 (22 vH) unterschreiten dürfte.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 891,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.153,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehdnel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 170 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schrettli, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304